(Das galizische Moratorium.) Nachdem an den vorangegangenen Tagen im Justizministerium Beratungen mit den Interessentkreisen stattgefunden haben, in welchen, wie wir gestern berichtet haben, die Erneuerung der mit Jahreschluß außer Geltung tretenden Verordnungen über die richterliche Stundung, speziell auch die Stundungsvorschriften zugunsten der Kriegsteilnehmer erörtert wurden, wurde gestern unter Vorsitz des Sektionschefs Dr. R. v. Schauer eine Enquete über die bevorstehende Verordnung betreffend die Regelung des galizischen Moratoriums nach dem 1. Jänner 1917 abgehalten. In dieser Enquete sprachen sich die Vertreter des Polenklubs für die Beibehaltung des Moratoriums, für die Erstreckung der Geltungsdauer der in Kraft stehenden kaiserlichen Verordnung vom 22. Dezember 1915 auch für das Jahr 1917 aus, während die Vertreter der westösterreichischen wirtschaftlichen Korporationen zumindest im westlichen Teil Galiziens für einen allmählichen Abbau des Moratoriums, somit der gesetzlichen Stundung, und für die Beibehaltung der richterlichen Stundung eintraten. Das Ergebnis der gestern bis in die späten Abendstunden gepflogenen Beratungen ist dahin zusammenzufassen, daß die Prinzipien der geltenden Moratoriumsverordnung vom 22. Dezember 1915 aufrechterhalten bleiben, anderseits aber soll dem Gläubiger die Durchsetzung seines Anspruches auf Bezahlung der Forderung seitens des Schuldners erleichtert werden. Dem Richter soll nämlich die Pflicht auferlegt werden, amtliche Erhebungen über die wirtschaftliche Lage des Schuldners zu pflegen, um festzustellen, ob der Abbau der gesetzlichen Stundung in dem betreffenden Falle erfolgen soll. Dies soll dann geschehen, wenn nach dem Ergebnis des gerichtlichen Verfahrens wahrscheinlich ist, daß die wirtschaftliche Lage des Schuldners die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Stundung nicht mehr oder nicht mehr in vollem Umfange rechtfertigt und der Schuldner ohne Gefährdung seiner wirtschaftlichen Existenz Zahlung auf die Moratoriumsforderung leisten kann. Es dürfte insofern eine Verschiebung der Beweislast statuiert werden, als nicht wie bisher dem Gläubiger der Beweis der Zahlungsfähigkeit des Schuldners obliegen wird, sondern vielmehr von dem zahlungsunwilligen Schuldner der Beweis zu erbringen sein wird, daß durch die Zahlungsverpflichtung seine wirtschaftliche Existenz gefährdet erscheint. Auch in der Kosten- und Rechtsmittelfrage dürfte die zu erlassende neue Verordnung Änderungen enthalten. Bei Obliegen des auf Zahlung drängenden Gläubigers soll der Kostenersatz dem unterliegenden Schuldner auferlegt werden. Es dürfte ferner dem Gläubiger, wenn sein Antrag auf Verpflichtung des Schuldners zur Zahlungsleistung vom Bezirksgericht abgewiesen wird, das Recht des Rekurses an das Kreis- (Handels-) Gericht eingeäumt werden, so daß in dieser Richtung eine Gleichstellung des Gläubigers mit dem Schuldner, der schon bisher das Rekursrecht hatte, erfolgen dürfte. Die Abbauraten für Westgalizien dürften mit 20 Prozent, die für Mittelgalizien mit 10 Prozent für das Vierteljahr bemessen

werden. Im inneren Kriegsgebiet wird das Moratorium nach wie vor aufrecht bleiben. Die demnächst zu erlassende neue Verordnung, die am 1. Jänner 1917 in Kraft tritt, dürfte nur halbjährige Geltungsdauer haben. — An der Enquete nahmen teil außer dem Vorsitzenden Sektionschef Dr. R. von Schauer, Hofrat Dr. Durig, Regierungsrat Dr. Ehrenzweig, Geheimer Rat R. von Bilinski, für die Handelskammern die Sekretäre Dr. Wrabek, Dr. Lieblich (Brünn), ferner die Herren Epstein (Kraäu), Bloch (Brody), die Abgeordneten Dr. Groß (Kraäu), Stešlovicz, Baczewski, Stepaki, Michalski, Dr. Hoff Lewyckji, Lukasiwicz, ferner Direktor Dr. Oppenheim vom Kreditorenverein, Generalsekretär Koske und Sekretär Dr. Leimdörfer vom Verband der Versicherungsgesellschaften.